

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilung täglich mit Ausnahme der Sonntage und Festtage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsbeginn monatlich 4 Mk., durch unsere Anstalt zugewogen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postschlüssen und Posthöfen sowie unsere Anstalt und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitungs oder Abgangs des Bezugspreises.



Insertionspreis 1 Mk. für die 6gehobene Korpusgröße oder deren Raum, 1/2 Zeile für 200 Zeilen, 1/3 Zeile für 300 Zeilen, 1/4 Zeile für 400 Zeilen, 1/5 Zeile für 500 Zeilen, 1/6 Zeile für 600 Zeilen, 1/8 Zeile für 800 Zeilen, 1/10 Zeile für 1000 Zeilen. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Preisnachlässe. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (wie von Behörden) die 2gehobene Korpusgröße 3 Mk., Nachdruckgebühren 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Nachfrist der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar.

Ersteilung seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 142.

Dienstag den 21. Juni 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Brotmarkenausgabe. Für die Zeit vom 4. Juli bis 25. September 1921 sind die Brotmarken für die versorgungsberechtigte Zivilbevölkerung von den Gemeindebehörden nach den bisherigen Vorschriften auszugeben. Die Brotmarken nebst weiteren Unterlagen werden den Gemeindebehörden durch die Druckerei Klinitz & Sohn in Meißen zugehen, soweit sie nicht dort abgeholt werden.

Meißen, am 20. Juni 1921.

Nr. 215 II E.

Kommunalverband Meißen-Stadt und -Land.

Die Auszahlung der Feuerungsbeihilfe auf Monat Juni erfolgt Mittwoch den 22. d. M. vormittags 9—11 Uhr in der Stadtkasse.

Wilsdruff, am 20. Juni 1921.

4502

Der Stadtrat.

Die Innerräume des Armenhauses sollen ausgeweiht werden (B Wohnzimmer einfach Muster, andere Zimmer glatt mit Kante).

Entsprechende Preisangebote sind schriftlich bis zum 28. Juni 1921 bei Herrn Stadtrat Wehner einzureichen.

Wilsdruff, am 20. Juni 1921.

4504

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichskanzler Dr. Wirth hat eine Reise nach Essen angetreten und wird dort eine Rede in einer Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes halten.

* Auch Belgien demobilisiert die für das Ruhrgebiet bestimmten Truppen. Nur Unverheiratete und Reservisten dürfen verbleiben im Rheinland.

* Chamberlain erklärte im englischen Unterhaus mit Bezug auf den japanisch-englischen Vertrag, England werde sich an keinem gegen Amerika gerichteten Bündnis beteiligen.

* Reuter vernimmt, daß die amerikanische Regierung an den in Genf beginnenden Völkervereinigungen nicht teilzunehmen gedenkt.

* Die amerikanische Regierung hält eine Stärke des Heeres von 120.000 Mann für unbedingt erforderlich.

Kühler Empfang.

Die Franzosen wußten, als ihnen plötzlich die Ankunft des englischen Ministers des Auswärtigen, Curzon, in Paris angekündigt wurde, nicht recht, wie sie sich zu dieser unerwarteten Wendung der britischen Diplomatie stellen sollten. War es richtig, Freude zu zeigen, zu triumphieren, oder war es klüger, zurückhaltend zu sein, abzuwarten oder gar Mißtrauen zu zeigen? Sie haben sich, nach einigen Schwanken, zu einem ausgesprochen kühlen Empfang entschlossen, schon aus dem Grunde, weil ihnen die Lage, deren Klärung in den persönlichen Aussprachen zwischen Curzon und Lord Curzon herbeigeführt werden soll, noch viel zu unübersichtlich erscheint.

Natürlich wird die Orientfrage unter den Gründen, die zu dieser auffälligen Ministerreise geführt haben, in den Vordergrund gedrückt. Auf einen so nachhaltigen Widerstand der Türken gegen das ihnen im Vertrage von Sevres zugesagte Schicksal war man weder in London noch in Paris vorbereitet. Früher waren die Türken Meister in der dilatorischen Behandlung kühler Fragen. Jetzt sind sie, unter Führung von Kemal Pascha, Männer der Tat geworden, während die französischen und die englischen Staatsmänner mit stets erneuten diplomatischen Künsten ihr Spiel versuchten. Aber die dabei verlorene Zeit ist lediglich den Türken zugute gekommen. Sie rüsten sich, mit offener Unterstützung der Russen und mit kaum noch verbüllter Mitwirkung der Italiener, zu entscheidenden bewaffneten Vorstößen gegen das griechische Heer, das sich zur Durchsetzung des Vertrages von Sevres bereitgefunden hat. Und mit König Konstantin führt England sich durch die hier erwachsenden Gefahren auch in seinen eigenen Interessen ernstlich bedroht. Den Franzosen dagegen scheint es nicht rasam, ihre durch den Weltkrieg errungene Stellung im nahen Orient unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Sie haben die ihnen zugewiesene Provinz Syrien bereits geräumt und sind auch zu weiteren Zugeständnissen an die Türken bereit, weil sie sich von einer übermäßigen Ausdehnung des „neuen Griechenland“ nichts Heilsames zu versprechen wissen. So sind englische und französische Interessen hier wieder einmal in scharfen Gegensatz geraten. Es scheint notwendig, einen letzten Versuch zur Verständigung zu machen, denn sehr bald kann der Zeitpunkt gekommen sein, wo man durch unliebsame Ereignisse überrascht wird. Kommt nun Lord Curzon, um diese Verständigung zu suchen? Dann würde es sich fragen, welche Zugeständnisse er mitbringt. Den Franzosen drängt sich dabei in erster Reihe — an etwas anderes scheinen sie ja jetzt überhaupt nicht zu denken — die oberschlesische Frage auf. Würde Lloyd George ihnen freie Hand in Oberschlesien lassen, dann könnten sie sich schließlich auch dazu bereitfinden, im nahen Orient England in Verbindung mit Griechenland nach Belieben Kassen und Wägen zu lassen. Aber als gute Händler, die sie sind, wollen sie sich von dem Verlangen nach dem vortheilhaftesten Geschäft, das vielleicht wieder einmal zu machen ist, so wenig wie möglich anmerken lassen, und Lord Curzon mag sehen, wie er in der kühlen Atmosphäre, die er in der französischen Hauptstadt angetroffen hat, seinem Ziele nahekommt.

Neben Klein-Asien und Oberschlesien bliebe noch die Frage der Sanktionen zu erörtern, und wenn man sich nicht mit Stillwert begnügen wollte, bietet natürlich auch die Festlegung des Verhältnisses zu Amerika Stoff genug zum Verhandeln. In allen diesen Fragen legen jetzt die Franzosen offensichtlich Wert darauf, nach außen hin deutlich zu machen, daß sie selbständig geworden sind, durchaus selbständig. Sie denken nicht mehr daran, sich von England noch ins Absehbare nehmen zu lassen, und

glauben schon erreicht zu haben, daß die englische Politik sich in die Verteidigung zurückgedrängt fühlt, ganz gegen ihre früheren Gewohnheiten und Überlieferungen. Herr Briand, das muß man ihm lassen, weiß, was er will. Ihm gegenüber hat selbst Lloyd George bisher seinen Willen nicht durchsetzen können.

Ein Rotschrei aus Oberschlesien.

Austausch von Gefangenen.

Die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens haben an die Ministerpräsidenten Lloyd George in London, Briand in Paris und Giolitti in Rom ein Telegramm gerichtet, in dem sie die Entwicklung der Zustände seit dem 3. Mai geschildert haben. Der Inhalt des Telegramms lautet wie folgt:

Tausende von Arbeitern, Angehörigen und Beamten sind von ihren Arbeitsstätten ausgesperrt und erwerbslos, in wirtschaftlicher Not. Die Interalliierte Kommission hat sich ihrer noch in keiner Weise angenommen. Wegen der Verwundung von drei französischen Soldaten und der Gefangennahme einiger Franzosen durch Angehörige des deutschen Selbstschutzes sind bei der deutschen Reichsregierung die nachdrücklichsten Vorstellungen erhoben worden. Hunderte von Deutschen sind in Oberschlesien hingerichtet, und noch immer erliegen sie Tausenden, noch immer laufen täglich Meldungen über bestialische Mißhandlung von Deutschen nur um ihres Deutschtums willen, ein. Tausende von Deutschen schmachten in polnischen Gefangenenlagern zur Sühne der Verbrechen, zur Beseitigung für die Gefangenen, zum Schutze der Hunderttausenden von bedrohten friedlichen Oberschleslern ist noch kein wirksames Mittel angewendet worden.

Schon seit Anfang Juni befinden sich die von England gestellten Truppenverstärkungen in Oberschlesien. Noch immer gebürdet sich die russischen Unbesetzten und unangesprochen als Herren der Lage. Wir geben den leitenden Staatsmännern der für Oberschlesien verantwortlichen Mächte von diesen Zuständen Kenntnis, damit sie die Interalliierte Kommission anweisen, endlich in dem gequälten Oberschlesien Recht und Gerechtigkeit wiederherzustellen.

Le Monde Beilage.

In Weutchen, wo die polnischen Aufständler bei hellem Tage in die Stadt eingedrungen sind und ganz offen die Leute auf den Straßen auf Waffen unteruchen usw., hat der französische Garnisonskommandant General Le Comte Denis an den Ersten Bürgermeister ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Eine bestialische Schänderei trug sich in letzter Nacht zwischen deutschen Stotruppen (!) und polnischen Insurgenten, namentlich in den der Friedrichstraße und Nebenstraße und dem Wilhelmplatz benachbarten Stadtteilen zu. Jeder Mensch, ob Pole, oder Deutscher, der mit einem Gewehr auf den Straßen von Weutchen angetroffen wird, wird ohne Mitleid von den Garnisonstruppen niedergeschlagen (!) werden. Die polnische Partei ist ebenfalls benachrichtigt, daß jeder Insurgent, der bewaffnet in der Stadt Weutchen angetroffen wird, Erschießung zu gewärtigen hat.

Polnisches Stabsquartier in Rybnik.

Durch Vermittlung des Genfer Roten Kreuzes ist ein Austausch deutscher und polnischer Gefangener vorgenommen worden. In Rosenberg sind 369 Deutsche eingetroffen, die in den Lagern von Neu-Berlin und Lublitz gefangen waren. Die Ausgetauschten sind zum großen Teil in traurigster Verfassung.

Im Kreise Hofenberg ist die Stimmung der deutschen Bevölkerung auch nach der Besetzung durch die Truppen der Weutchen sehr erregt.

Das Stabsquartier der Insurgenten, das sich bisher in Rausen befand, wurde nach Rybnik verlegt. 400 bewaffnete Aufständische drangen in die Stadt ein. Der Fabrikbesitzer Schenck und ein Domänenpächter wurden mißhandelt und verschleppt.

Der Hort des Militarismus.

„Ein grausamer Scherz.“

Auf dem in Birmingham eröffneten Nationalen Friedenskongreß erklärte der Politiker Trevelyan, die führende Klasse Frankreichs bilde den Mittelpunkt des modernen Militarismus. Dagegen sei die wirkliche Verdröpfung einer reaktionären auswärtigen Politik in Großbritannien zu finden. Großbritannien habe eine Diktatur über die

ganze Welt aus. Wenn es seine Politik ändern würde, würde Frankreich ihm sicher folgen.

Der Professor an der Universität in Birmingham, Beazley, erklärte die Regelung des Friedens für einen grauenhaften Scherz. Sie habe in Bezug auf die Gebietsteilung und in sittlicher Beziehung Krankheitsherde geschaffen, die jedes harmonische Zusammenarbeiten zwischen England, Frankreich und Deutschland unmöglich machen würden. Eine vollständige Revision der ganzen Friedensregelung sei notwendig.

Das gleiche sagt heute jeder Vernünftige, nur nicht die führenden englischen und französischen Staatsmänner.

Belgische Anwürfe gegen Leipzig.

Eine unparteiische Stimme.

Die belgischen Nachläufer des französischen großen Nachbarn beeilen sich, bei dem Ansturm gegen die Urteile des Leipziger Reichsgerichts in dem Kriegsschuldigenprozeß mitzutun. In der Kammer teilte der belgische Justizminister den Bericht mit, den die zum Reichsgericht in Leipzig in dem Verfahren wegen der „Grausamkeiten von Grammont“ entsandten Delegierten erstattet haben. Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß das Urteil des Reichsgerichts als eine wahre Rechtsverweigerung erscheine. Der Minister erklärte, daß der Minister des Auswärtigen den belgischen Gesandten in Berlin angewiesen habe, unverzüglich gegen den Freispruch zu protestieren, der im Lande allgemeine Empörung hervorruft. Die Regierung wird sich mit den alliierten Regierungen ins Einvernehmen setzen, um diesen Rechten nachdrückliche Wahrung zu sichern. Der Minister erklärte indessen, er habe die Gewißheit, dem Gefühl des belgischen Volkes zu entsprechen, wenn er bereits jetzt gegen das Urteil des Reichsgerichts scharfsten Protest erhebe. Der Präsident der Kammer erklärte darauf, die Kammer sei einmütig in der Befolgung der Leipziger Justizparodie. Und die Kammer schüttelte reichlichen Beifall über diese Unverantwortlichkeit aus.

„Schuldlose Sieger“

Das Madrider Blatt „A.B.C.“ weist in einem Leitartikel mit der Überschrift „Bei den Siegern gibt es keine Schuldigen“ auf die Prozesse vor dem Reichsgericht in Leipzig hin und schreibt, daß die alliierten Mächte nach wie vor die deutschen Angaben über Kriegsschuldigen nicht berücksichtigen. Der Friede von Versailles führe rundweg und ohne Zweifel zur Schuldlosigkeit, daß von allen kriegführenden Völkern nur Deutschland Reue mit klaren Instinkten habe. Sollte es aber vielleicht solche in den Entente-Ländern geben, so seien das eben Sieger, und ein Sieg vermöge aus einem Verbrecher einen Heiden zu machen.

Mahnungen des Reichskanzlers.

(Aus der 116. Reichstags-Sitzung.)

Nach der Interpellation des Abgeordneten Unterleitner in Sachen des ermordeten Dr. Gericke in München, und nachdem die Wogen der Erregung über die stürmische Unterbrechung der Sitzung sich einigermaßen gelegt hatten, ergriff der Kanzler Dr. Wirth das Wort, um die Interpellation zu beantworten und im Anschluß daran seinen schweren Bedenken Ausdruck zu geben, welche die eigenartigen Strömungen unserer Lage bei jedem Freunde des geehrten Vaterlandes hervorrufen müssen. Seine Rede hatte im wesentlichen folgenden Inhalt:

Ich verstehe die große Erregung, die viele Kreise über den seligen, hinterlassenen Nachbarn an dem Abg. Gericke erregt hat. Kein Wort ist zu scharf für diese schändliche Tat; sie muß ihre Sühne finden. Mit dem Mitleid allein aber ist das Verbrechen noch nicht gesühnt. Der Nord ist ein Zeichen dafür, daß wir in der politischen Entwicklung Deutschlands wieder an einem Krisenpunkt angelangt sind. Darüber bin ich mir klar, daß in den weitesten Kreisen der Arbeiterklasse Deutschlands und über unsere Grenzen hinaus eine Erregung außergewöhnlicher Art sich eingestellt hat. Diese Verwilderung der Massen, die in dem Nord zum Ausdruck gelangt ist, ist ein Beweis, daß die politischen Zustände noch krankhaft genannt werden müssen. Ich besorge die Erregung der Sozialisten über einen solchen Nord und über die Beherrschung der brutalen Gewalt, die er da und dort gefunden. Dieser Ruf nach der Gewalt wäre geeignet, unserem Vaterlande den letzten, den Todesstoß zu versetzen. Die Unruhen in München bedeuten die größte Gefährdung der politischen Entwicklung, die wir nur in einer friedlichen Demokratie sehen können.

Man hat sehr lebhafte Angriffe auf die bayerische Staatsregierung und ihre führenden Männer gerichtet. Der föderali-

liche Charakter des Reiches ist in der Weimarer Verfassung nicht berücksichtigt. Gerade darum werden wir uns hüten, irgend wie in die verfassungsmäßige Selbstständigkeit eines Landes einzugreifen, dessen Regierung verfassungsmäßig ist, so lange sie eine Mehrheit des Landes hinter sich hat. Aber in Bayern sollte man sich in allen Streifen darüber klar sein, daß das, was in den letzten Wochen und Monaten an einigen Plätzen geschehen ist, geeignet ist, die Einheit des Reiches zu zerstören.

So will ich eben von den persönlichen Verengungen in einigen süddeutschen Organen. Nicht nur in Bayern allein, auch in anderen süddeutschen Ländern haben sich Begrenzungen aufgemacht, die zweifellos mit ihrer Höhe größeren politischen Zielen zustreben, als nur dem, führende Männer des heutigen Deutschlands mit Schmutz zu bewerfen; dem Ziel nämlich, den Süden vom Norden zu trennen und in dem politischen Wirrwarr vom Süden aus der Reaktion in Deutschland zum Siege zu verhelfen.

Selbst die Person des Reichspräsidenten ist in einer Art Verengung gefangen worden, die jeder Staatsautorität abträglich sein muß. Es können Zeiten in der Geschichte eines Volkes eintreten, wo die Person des Präsidenten nach rechts, nach links oder nach der Mitte orientiert ist. Es müßte eine heilige Stille sein, daß der Reichspräsident unterhalb des politischen Kampfes steht, daß er gekönt wird. In ganz Deutschland muß man von dem jetzigen Reichspräsidenten sagen, daß er vom Tage seiner Amtseinführung ab seine Pflicht in einem Maße wahrgenommen hat, die ihm des Dank des ganzen deutschen Volkes bis an seinen Lebensabend wert.

Die Hauptfrage ist jetzt wohl die: Wie steht es mit der Entwaffnungsaktion in Bayern? Es mußte ein politisches Opfer gebracht werden, und ich freue mich, mitteilen zu können, daß nach den vorliegenden Zahlen die Entwaffnungsaktion in Bayern durchaus günstig fortgeschritten ist. Dann die Frage der Aufhebung des Ausnahmezustandes. Ich wünsche den Tag herbei, wo die letzte Spur des Ausnahmezustandes in Deutschland verschwindet; das ist aber nicht auf einmal zu erreichen. Wir haben drei Dinge in Süddeutschland zu beachten: die Entwaffnung, die Auflösung gewisser Organisationen, die Frage des Ausnahmezustandes. In zwei Fragen hoffen wir, glücklich zu einem Ende zu kommen. Die dritte kann heute noch nicht zu einem definitiven Abschluß gelangen. Ich habe in dieser Frage die Verbindung mit den Ländern übernommen. Am Einvernehmen mit der bayerischen Staatsregierung wird im größten Teil der Provinz Sachsen der Belagerungszustand sofort aufgehoben, in Ostpreußen sind die Erklärungen darüber im Gange. Ich hoffe, daß in kurzer Zeit der Ausnahmezustand in Preußen verschwunden sein wird. In diesem Sinne wird die jetzige Reichsregierung eine demokratische politische Politik treiben.

Wir hoffen, daß unsere Beratungen nicht gestört werden durch sinnlose Aktionen von irgendeiner Seite. Solche Aktionen ständen in bedrohlicher Nähe. In der Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei sind Ausführungen enthalten, die zeigen, vor welchen Fährnissen wir stehen. Es wird dort gesagt, daß Klagen bestehen, denen die Enttarnung zu langsam geht, und die mit Gewaltmitteln die Aufrichtung einer starken Staatsautorität erzwingen wollen. Er ergibt sich daraus, daß mit der Möglichkeit eines neuen Gewaltstreiches von rechts gerechnet wird. Ich freue mich, daß sich jetzt die Entwicklung zum legalen Staatsgedanken in dreier Front in ganz Süddeutschland bemerkbar macht. Das Vaterland braucht alle Kräfte und alle seine Söhne, wenn wir den Wiederaufbau durchzuführen, das Vaterland retten wollen.

Deutscher Reichstag.

(117. Sitzung.) C.B. Berlin, 18. Juni.

Die Besetzung der Tribünen ist sehr stark. Die ersten Punkte der Tagesordnung, das Abkommen zwischen Deutschland, Polen und Danzig über den freien Durchgangsverkehr nach Ostpreußen wurden durch Überweisung an den auswärtigen Ausschuss rasch erledigt. Dieratz kam man zur

Weiterberatung des Falles Garz.

Abg. Gruber (Soz.) erkannte den Eindruck der gestrigen Ausführungen des Reichsanwalters auf das Haus an. In Bayern ist ein Zustand geworden, an dem ein wahrer Freund unseres Vaterlandes keine Freude haben kann, höchstens Herr Helfferich und Genossen. Wir unterzeichnen, erklärte der Redner, Wort für Wort, was der Reichsanwalt über das hinterlistige Verbrechen und über die Hebereichen, die von der bayerischen Volkspartei gerichtet werden, gesagt hat. Der Umstand, daß die bayerische bürgerliche Presse in die Hände eines kapitalistischen Konzerns geraten ist, trägt die Schuld an der Verzerrung. Es ist die höchste Zeit, eine Entgeltung herbeizuführen.

Die Ausführungen des Reichsanwalters über die Zurückführung der Entwaffnung in Bayern zeugten von einem großen Optimismus. Jedenfalls ist das allerhöchste Mißtrauen gegen die Erklärung der bayerischen Regierung geboten. Was der Reichsanwalt von der Berührung in Süddeutschland erzählte und was der Abg. Unterleiner aus den Ausführungen der bayerischen Presse gestern vorgelesen hat, spricht Bände. Ferner haben gewisse Gewohnheiten der Redeweise des Herrn Dr. Heim, der gern über die Juden wipelt, den Ton vergiftet. Mit süßlichen Klauters und Rechtsmaximen in den verschiedenen Ausschüssen zusammenzufügen, falls aber dem Dr. Heim nicht schmeckt. Die weiteren Ausführungen des Redners galten der Bekämpfung der jetzigen bayerischen Regierung. Die bayerische Volkspartei darf nicht mehr über das Schicksal der Regierung bestimmen. Von Bayern hängt das Schicksal Deutschlands ab, das mag die Bayerische Volkspartei bedenken.

Abg. Schwarzer (Bayer. Volksp.) erhob dagegen Einspruch, daß man den Bayern Verwilderung der Sitten vorwerfe, während hier im Reichstoge sich Dinge abspielten, die doch auch nicht anders zu bezeichnen seien. Das Abschleifen der Listen gegen Bayern, unterstützt von einer gewissen demokratischen Presse in Frankfurt und Berlin, habe wohl nur den Zweck, den Fremdenverkehr nach Bayern zu unterbinden. Wiederholte Ordnungsrufe.

Kommunisten und Unabhängige hatten von den ersten Worten des Redners an ihn schon wiederholt unterbrochen. Hier warf der Abg. Ledebour (U. Soz.) dem Redner erbärmliche Schamung vor. Dafür traf den Abg. Ledebour ein Ordnungsruf. Als der Redner fortfuhr die Auffassung der Bayern im ganzen Volke sei eine ganz andere, als die Linke sie hier zum Ausdruck bringe, erhob sich auf der Linken großer Lärm, und der Abg. Cohn (Komm.) wurde zur Ordnung gerufen. Die mehrheitssozialistischen Arbeiter, bemerkte der Redner weiter, sind heilfroh, daß wir sie in Bayern von dem kommunistischen Terror befreit haben. Nur hier im Hause verschweigen sie das schamhaft. Weiter beklagte Abg. Schwarzer, solange der Täter nicht ermittelt sei, habe niemand das Recht, den Vorrat als einen politischen auszumachen. Für die ganze Interpretation besitze jetzt noch kein Ansatz. Der Generalstreik vor jedenfalls nicht am Platz, noch weniger der aufreizende Ton des Abg. Unterleiner. Der Abg. Hues hatte den Generalstreik früher einmal als einen Generalstreik bezeichnet. (Lebhafte Widerspruch laut.) Bei den vernünftigen Arbeitern hat der Streik aus keinem Erfolg gehabt. Abg. Genz warf hier dem Redner wiederum Schamlosigkeit vor und erhielt darauf einen Ordnungsruf. Ferner wurde der Abg. Cohn (Komm.) wegen des Zurufs „Verbrecher“ zum zweiten Male zur Ordnung gerufen. Hierauf erklärte der Präsident unter der Herrlichkeit eines Zerkos des Hauses: „Herr Abg. Genz, ich bitte Sie, doch einigermaßen Ordnung zu halten.“

Übermalige Unterbrechung der Sitzung.

Bei den weiteren Ausführungen des Abg. Schwarzer wird die äußerste Linke wieder sehr lebhaft. Er sagt u. a., die Linke des Reichstages sei nicht nur ein deutsches Reichstagsmitglied, sondern auch ein Mitglied der bayerischen Volkspartei. Der Reichsanwalt, nicht aber den Deutschen Reichstag an. Der Ausnahmezustand in Bayern kann nicht aufgehoben werden, solange die Kemmle und Thomas nach Bayern kommen, um verkleinerte Reben zu pflanzen. Hier rief der Abg. Kemmle (Komm.), derselbe, der gestern mit Abg. Wittmann zusammenlief, dem Redner zu: „Ein eifriger Vertreter sind Sie.“ Präsident Loebe rief den Abg. Kemmle zur Ordnung. Dieser wiederholte zweimal denselben Vorwurf, wurde nachmals zur Ordnung gerufen, und als er darauf abermals den Vorwurf wiederholte, vom Präsidenten zweimal zum Verlassen des Saales aufgefordert. Dieser Aufforderung kam Herr Kemmle nicht nach. Infolgedessen verließ Präsident Loebe die Sitzung bis auf weiteres.

Der Hauses hatte sich mittlerweile allgemeine Erregung bemächtigt, und die Abgeordneten diskutierten aufgeregter über die Vorfälle.

Fortsetzung der Sitzung.

Nach längerer Pause wurde die Sitzung wieder eröffnet. Präsident Loebe stellte fest, daß der Abg. Kemmle nicht anwesend war, und darauf erhielt der Abg. Schwarzer (Bayer. Volksp.) das Wort zur Fortsetzung seiner Rede. Nachdem Abg. Schwarzer geendet hatte, schlug der Präsident die Vertagung des Hauses vor. Der Abg. Schulz-Bromberg (Deutschl.) widersprach der Vertagung, man solle weiter verhandeln. Darauf bezweifelte Abg. Adolf Hoffmann (Komm.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Bureau war ebenfalls der Ansicht, daß das Haus nicht beschlußfähig sei. Alsdann wurde die Sitzung abgebrochen.

heiligen Abend nicht hier sein konnten! Ich freue mich, Sie können zu lernen, ich habe schon viel von Ihnen gehört!“ Krugler sah sich Tutta in der Hörsternwohnung um. Sie war noch nie im Hause gewesen, obwohl sie schon öfter mit Frau Berger vor dem Fenster geplaudert hatte. Es machte alles einen traulichen, gemüthlichen Eindruck, trotz der einfachen, biederlichen Möbel. Frau Maria bat, Platz zu nehmen und rühte den Tisch etwas vom Sofa ab, dabei „Männer“ einen kleinen Klappstisch gebend, der darüber ungehalten knurrte, aber doch liegen blieb. „Kaffen Sie ihn nur, Frau Berger! Es ist gewiß kein Stammtisch, und er hat das größte Recht hier!“ lächelte Tutta und streichelte den Hund, der seinen Platz zwischen ihr und Lore behauptete. Von der Seite betrachtete Tutta Erichs Schwester. Wie war die schön! Vergleichend ging ihr Blick zwischen dem jungen Mädchen und dem Hörster hin und her. Ähnlich war Lore ihm eigentlich nicht — nur hoch und schlank waren sie beide. Erich fing einen dieser Blicke auf und wurde rot, während sie sich verlegen zu dem Hunde neigte und ihn scherzend an den langen Ohren zog. Der Oberförster hatte seinen Pelz geöffnet und sah bereit auf seinem Stuhl. „Ach, machte er, „haben Sie's warm hier.“ „Wollen der Herr Oberförster und das gnädige Fräulein nicht ablegen?“ Erich war beiden beifällig; mit beinahe liebevoller Sorgfalt trug er Tuttas Herzjacket nach dem Vorraum. Lore bot ihrem Besuch die Bondonnierre an, aus der Tutta ohne Ziererei aß. „Nanu? Was ist denn das?“ Der Oberförster hielt den Leduch mit der Gennerin weit von sich. „Ein Münchener Künstlerlebkuchen? Berrücktes Zeug!“ Er lachte. „Ich habe es meinem Bruder mitgebracht; das Bild seiner Zukünftigen.“ lachte Lore. War es Zufall, daß da Tuttas und Erichs Blicke sich trafen und dann sich meiden? Er stand jetzt in der Nähe des Christbaums, und die Kerzen warfen unruhig zuckende Lichter über sein ernstes, schmales Gesicht. „Geben Sie nur, Herr Oberförster, was unser Vorchen meinem Sohn und mir alles mitgebracht hat.“ Mit Kühlung sah der soziale Mann auf das freudverklärte Gesicht Frau Bergers und betrachtete dann eingehend die Geschenke. Tutta durchblätterte mit vielem Interesse das Album von München, da sie die Stadt kannte. Sie tauchte mit Lore ihre Erinnerungen aus; reizvoll war es zu sehen, wie der blonde und der braune Mädchenkopf sich über das Buch neigten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich

Deutschlands Weimarnachrichtenbetreter.

In der Deutschen Weltwissenschaftlichen Gesellschaft sprach Staatssekretär im Reichspostministerium Dr. Wredow über den Wiederaufbau des deutschen Weimarnachrichtenverkehrs. Der Redner führte aus: Der Friedenszustand ist erreicht bzw. schon überschritten. Die Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen nach neutralen Ländern sind wieder instand gesetzt und vermehrt. Der Telegraphenverkehr mit dem Auslande ist seit 1919 um etwa das Fünffache gesteigert. Der Fernverkehr mit dem Auslande betrug 4 1/2 Millionen Wörter 1920 gegen 124 000 im Jahre 1914. Baldige Wiedereinführung von Überseeferngrammen zu halber Gebühr steht in Aussicht.

Kriegspensionen und Versorgungsfragen.

Die Versorgungsgebühren infolge des Krieges 1914/18 betragen für das Jahr 1921 7 185 244 500 Mark, dazu treten für den Chinafeldzug 13 869 250 Mark, für den Krieg von 1870/71 52 592 992 Mark, für die Kriege von 1866 und 1864 493 130 100 Mark.

Frankreich.

Die Auffassung des deutschen Saargebietes. Ohne besondere Strubel ist die französische Regierung mit Hilfe des Parlaments dabei, dem Saargebiet allmählich den Stempel der absoluten Zugehörigkeit aufzudrücken. Die Kammer beschloß sich mit einem Gesetzentwurf, der die staatlichen Saargebiete einer besonderen französischen Antistelle unterwirft. Es wurde dabei ungenügend gesagt, man müsse so arbeiten, daß die Saarbevölkerung sich bei einer Abstimmung für Frankreich anspreche. Die Kammer nahm das Gesetz ohne weiteres an.

Nordamerika.

Die europäischen Schulden an Amerika. Das Kabinett erörterte die Pläne zur Regelung der internationalen Kredite, die von den Vereinigten Staaten gewährt worden sind. Das Kabinett beabsichtigt, den Kongress demnächst um die Ermächtigung zu ersuchen, die Anteile an die europäischen Nationen in Zinsen tragende Schuldcheine umzuwandeln, die von der amerikanischen Geschäftswelt aufgenommen werden könnten. Dem Kabinett nach schätzte die Politik der Präsidenten in betreff der nichtbezahlten Zinsen die Verteilung der Zahlungen über eine Reihe von Jahren ins Auge.

China.

Hilfen für China an Amerika. Dr. Sunjatsen, der am 2. April d. J. durch das Parlament von Kanton zum Präsidenten von China gewählt wurde, hat einen Appell an den Präsidenten Harding um Anerkennung seiner Regierung gerichtet, in dem er erklärt, in China sei jetzt die Lage so, daß, wenn Amerika China nicht seine hilfreiche Hand darbiete, dieses gegen seinen Willen gezwungen werde, sich den Forderungen der Entente zu unterwerfen.

Aus In- und Ausland.

Paris. Irland empfangt Polnars. Doumergue und de Selves, die ihn eruchten, vor dem auswärtigen Anstalt im Senat die Politik der Regierung betreffs Odersatleien 6 und des Orients zu erläutern. Der Ministerpräsident nahm die Besprechung für den 22. Juni an.

London. General Townshend legte in einer Rede, daß die Allierten den Taten viel schulden. Er bedauerte, daß man ihnen die Provinz Smirna und Thrazien entziffen und den Griechen gegeben habe. Churchill mußte begreifen, daß arabische Königreiche Utopien seien.

Christians. Das Ministerium ist zurückgetreten infolge einer Niederlage der Kammer durch die Linksparteien bei der Schulfrage.

Tibet. Die Bildung des neuen tibetischen Kabinetts ist vollzogen. Ministerpräsident wird Kierowicz, der zugleich das Portefeuille des Außen übernimmt.

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Lehne. Copyright 1913 by Greiner & Comp., Berlin W 30.

Er zupfte sie am Ohrläppchen. „Mädchen Du! Du hast wohl ganz vergessen, daß ich schon einen habe und noch dazu von einem selbstgeschossenen Wemsdod.“ Sie schlug sich vor die Stirn. „Ach so, freilich!“

Lachend schob sie ihm ein Stück Konfekt zwischen die Lippen; sie war ganz das liebste, holde Kind von ehedem.

Durch ein niedergebranntes Licht fing ein Zweig Feuer; er sprühte mit leisem Glähen und Knistern auf, das Zimmer mit süßem, weihnachtlichen Duft erfüllend. Lore sah zu, wie Erich das Licht auslöschte.

„Die schöne Tanne! Solche haben wir noch nie gehabt!“

Hast andachtsvoll blickte sie auf den hohen Baum, der auf dem Fußboden stand und mit dem blühenden Stern an der Spitze beinahe die Decke berührte.

„Die ist aus meinem Forst. Und Dir zu Ehren!“

Da wurde kräftig aus Fenster geschlagen. Lore schrie erschreckt auf; sie sah einen großen, dunklen Schatten und einen kleineren dranhin vorübergleiten.

Erich öffnete das Fenster und blickte hinaus — da wurde ihm eine Ladung Schnee ins Gesicht geworfen, und eine helle Mädchenstimme lachte laut auf, daß es durch den Wald schallte.

„Herr Oberförster! Gnädiges Fräulein!“

„Wir laden aus dem Dorfe und die Lichtlein an Ihrem Weihnachtsbaum zogen uns mächtig an!“ rief eine dröhnende Bassstimme.

„Wenn die Herrschaften meiner Mutter und mir die Ehre schenken und eintreten wollen, meine Schwester ist vorhin gekommen, und wir feiern nachträglich Weihnachten.“

„Dann wollen wir aber nicht stören.“

Tutta hatte jedoch große Lust, Fräulein Berger kennen zu lernen, und so traten die beiden denn schließlich ein. Frau Maria zündete schnell die Hängelampe über dem Tisch an und wollte die Kerzen des Weihnachtsbaumes auslöschen.

„Nee, liebe Frau Berger, die lassen Sie man brennen — den Zauber haben wir nur einmal im Jahr.“ Herr von Eggert streifte die pelzgefütterten Fohrbandschuhe ab und streckte Frau Maria seine Rechte entgegen. „Wie geht's, wie sieht's? Ah, und das Töchterchen aus München! Das verpöbelte Christkindchen!“

Wohlgelällig schmunzelte er bei dem Anblick des schönen Mädchens. Tutta gab Lore die Hand. Freundlich sagte sie: „Ihre Frau Mutter war sehr enttäuscht, daß Sie am

Nach einer Weile sagte der Oberförster:

„Komm, Tutta, wir müssen fort, sonst ängstigt sich die Mutter.“ Und Bergers mußten ihm fest versprechen, am Sonntag nachmittag nach der Oberförsterei zu kommen. Herzlich verabschiedete sich Tutta von Lore, die ihr sehr gefiel.

Erich begleitete seine Gäste hinaus bis zu dem Schlitten, der in einer Entfernung von vielleicht zweihundert Schritten auf der breiten Fahrstraße hielt.

„He, Fräulein!“ rief Herr von Eggert schon von weitem dem Kutscher zu, „wach' auf mein Sohn! Du scheinst wohl eingebildet zu sein? Allons, marsch —“

Der junge Hörster half ihnen in den Schlitten. Sorgfältig legte er die warme Decke über Tutta und steckte ihre Hände in den Fußsack. Als er die kleine, feste Mädchenhand mit fast zärtlichem Druck in der seinen fühlte, zitterte er. Sie lächelte ihn an; er sah es wohl in dem ungewissen Schein der Laterne.

„Auf Wiedersehen, Sonntag! Grüßen Sie dabei!“ rief sie. Langsam ging er zurück. Ihm war das Herz voll, und unruhig kreiste sein Blut in den Adern. Tutta von Eggert! Was hatte das tapferste Mädchen aus ihm gemacht! Abfichtlich kreuzte sie seinen Weg, das fühlte er wohl. Wie oft begegnete er ihr in seinem Revier, zu Fuß, zu Rad, häufig auch im Dorfe; sie wußte genau, wann er seine Postkassen holte!

Und sprach sie mit ihm, war sie heute freundlich, morgen dagegen beachtete sie ihn kaum, war hochmütig, herablassend, daß er vor Empörung und Zorn die Hände ballte. Und doch hatte das schlanke, feingliedrige Geschöpf von seinen Gedanken so Besitz genommen, daß er die Tage zu den verlorenen zählte, an denen er sie nicht gesehen ...

Wie es gekommen, er wußte es selbst nicht.

Manche Frauen hatten des schönen Försters Weg getreuzt, und ihn ermutigend angelacht — keine war darunter gewesen, die ihm ein tieferes Interesse einflößen konnte. Nur diese eine! Mit tausend Schmerzen erfüllte ihn dieses Gefühl — sie stand ja so weit, so unerreichbar über ihm. Kummer würde Tutta von Eggert, das hochmütige Oberförsterschöckerlein, zu einem Unterbeamten ihres Vaters herabstufen, und nimmer würde der Oberförster, trotz seiner Vorurteilslosigkeit, in eine solche Verbindung seiner einzigen willigen. Er, der einer der ältesten Familien des Herzogtums entstammte, dessen Gattin auch eine geborene Freiin von Herrentsch war — nein, darauf konnte er nie hoffen! Da hieß es eben, sein Herz in beide Hände nehmen und verfluchen, dieser unseligen Leidenschaft Herr zu werden ...

Und wenn er nun sagte, wer sein Vater war? Das würde in diesem Falle keinen Zweck haben; er war kein anerkannter Sohn des Grafen Alwörden! So war es besser, er behielt das Geheimnis seiner Abkunft für sich.

(Fortsetzung folgt.)

Prozeß Hölz.

(Unter Verhandlungstag.)

4. Berlin, 18. Juni.

Die Frage, ob Hölz gemordet hat, bildet den Gegenstand der weiteren Beweisnahme. Es traten mehrere gewichtige Zeugen auf, die diese Frage auf das allerbestimmteste klären, während andere Zeugen nichts Wesentliches zur Befestigung des Angeklagten anführen konnten. Erschütternd wirkte die Aussage der Witwe des erschossenen Gutsbesizers H. H., die unter Tränen erklärte, daß sie in Hölz den Mörder ihres Gatten wiedererkannte. Wenn sie früher weniger bestimmt ausgesagt habe, so lag das daran, daß sie damals zu erregt gewesen sei. Hölz, der bei einer früheren Vernehmung erklärt hatte, daß er bei dem Vorfall auf dem Gehöft von Gut gar nicht anwesend gewesen sei, gibt jetzt zu, daß er doch dabei war. Eine kleine Sensation erregte dann die Aussage des Schlossers Walter Hebe, der selbst zu den Hölzleuten gehörte und jetzt in der Strafanstalt Jauer wegen Landfriedensbruchs eine Gefängnisstrafe von 15 Monaten verbüßt. Hebe gehörte zu der Transporthilfe und sah, wie Hölz auf dem Gutsoberster Weg, als dieser zu entfliehen versuchte, zwei Schüsse abgab. Der Zeuge will nur durch Zwang der Hölzleuten Truppe angeführt haben. Hölz bezeichnet ihn als „lästliches Subjekt“, worauf Hebe in großer Erregung erklärte, daß er, wenn er auch bloß ein einfacher Arbeiterlohn sei, sich seine Ehre nicht abschmeiden lasse.

Hölz wird wütend.

In diesem Stadium der Verhandlung begann der Angeklagte wieder einmal mit den Zuhörern anzuhändeln. Da nur Vertreter der besagten Klassen im Zuhörerraum saßen, wäre es besser, so meinte er, wenn man die Verhandlung in einem Weltklub stattfinden ließe. Im übrigen beaurtheilte er den Abbruch der Verhandlung, da er mit solchen Sottentritten, wie sie der Zuhörerraum aufweise, nicht länger zu tun haben wolle. Mahnungen des Vorsitzenden, bummle Redensarten dieser Art zu unterlassen, läßt Hölz unbeachtet. Er behauptet, daß er Kopfschmerzen habe, ersucht um einen Tag Urlaub, weil er mit seiner Frau einen Ausflug nach dem Grunewald machen wolle, und was dergleichen Dinge mehr sind. Die ganze Sache, erklärt er abschließend, sei in doch nur Komödie, worauf der Vorsitzende entgegnete, daß für das Gericht die Sache jedenfalls eine sehr ernste Angelegenheit sei.

Hölz immer als Zeugen.

Nach diesem Zwischenstück konnte die Zeugenvernehmung fortgesetzt werden. Vernommen wurden mehrere Personen, die längere oder kürzere Zeit Mitglied der Wiener Armee gewesen sind. Der aus der Untersuchungsanstalt vorgeführte Arbeiter Berger weiß nicht, wer auf Hölz geschossen hat, er hat aber gesehen, daß der Gutsoberster von Hölz geschlagen und getreten wurde. Zeuge Petruschke, gleichfalls in Haft, sah, wie Hölz den Gutsoberster schwer mißhandelte. Er hat auch den ersten Schuß gehört und Hölz zusammenbrechen sehen. Hölz ist auch der Zeuge Keller, der sich Schriftsteller nennt und für holländische Zeitungen über die Vorgänge bei den Urteilen berichtet haben will. Er erzählt, daß er sich den Hölzleuten angeschlossen habe, weil er damals in Not gewesen sei. Man habe ihn zuerst für einen Spitzel gehalten, und er sei sehr unglücklich aufgenommen worden. Bei der Ermordung des Gutsobersters war er zugegen, aber er kann nicht sagen, ob Hölz selbst geschossen oder nur die „Salbe“ kommandiert habe. Keller berichtet weiter, daß er die Absicht gehabt habe, seine Kenntnisse schriftstellerlich zu verwerthen, aber es sei ihm nicht gelungen, auf die für die Ergründung des Angeklagten angelegte Verbindung zu sprechen. Hölz langelt den Zeugen gehörig an, bezeichnet ihn wiederholt als gemeinen Spitzel und stellt ihm strenge Befehle durch die revolutionäre Arbeiterschaft in Aussicht. Keller, der in hervorragender Weise sich an Beschuldigungen und Minderungen beteiligt habe, wolle sich jetzt bei den Richtern nur beliebt machen.

Es folgen neue Zusammenstöße mit dem Gerichtshof, da Hölz immer wieder behauptet, daß man ja doch nur künstlich einen Vorwand konstruieren wolle. „Wasen Sie mich“, so ruft er aus, „doch einfach durch die Lüge erschließen, wenn Sie meinen Kopf wollen. Sie interessieren sich ja nur für Kapitalismorde, aber nicht für Arbeitermorde!“

Koch eine Klade gegen das Publikum.

Weitere Fälle der Anklage gelangen nun zur Erörterung. Der Angeklagte sah Pferde, Geld, Nahrungsmittel und anderes requiriert, bestimmte Personen als Geiseln weggeschleppt haben usw. Da Hölz dies in allgemeinen Worten, gestützt auf die Weisung des Vorsitzenden über diese Anklagepunkte verhältnismäßig ruhig. Ein Zeuge betont, daß er von dem Mäurerhauptmann ruhig, ein Zeuge behauptet worden sei, ein anderer hat gehört, wie Hölz seinen Zeugen zurück: „Wer plündert, wird erschossen!“ Hölz läßt sich durch diese Behauptungen sehr gewundert und lacht. Diese freundliche Haltung des Angeklagten macht aber sofort einer minder freundlichen, als noch einmal der Zeuge Hebe aufgerufen wird. Hölz charakterisiert diesen Behauptung Zeugen wieder als Spitzel und schreit, als im Zuhörerraum darüber gelacht wird, in großer Entrüstung: „Es ist Zeit, daß dieser Spitzel endlich ausgeräumt wird. Man lasse Protestanten hinein!“ Die Vernehmung des Zeugen wurde darauf abgebrochen.

Der Vorsitzende verständete, daß das Gericht beschloß, den Hölzleutenmacher Barillo als Sachverständigen zu vernemen, um festzustellen, ob der Tod des Gutsobersters Hölz durch Reibver- oder durch Gewehrfeuer erfolgt ist. Nachdem sich dann noch einige Zeugen über Hölz'sche „Requisitionen“ geäußert hatten, wobei Hölz es an bisherigen Zwischenbemerkungen nicht fehlen ließ, wurde die Verhandlung vertagt.

Muß der Reichstag „einpacken“?

(Von einem alten Parlamentarier.)

Dieser Tag, an dem es soeben zu einem förmlichen Zusammenstoß zwischen zwei Abgeordneten im Deutschen Reichstag kam, muß als ein denkwürdiger betrachtet werden. Seit dem Scheitern des Reichstages geschah es zum ersten Male, daß im großen Sitzungssaal inmitten einer Sitzung ein Mitglied des Hauses gegen ein anderes Mitglied wegen einer politischen Meinungsverschiedenheit einen Angriff mit der Faust unternahm. Der Angreifer war der Kommunist Kemmerle, der Angegriffene der Abgeordnete Dr. Mittelmann von der Deutschen Volkspartei. Wäre Dr. Mittelmann durch den Angriff, der sich blitzschnell vollzog, nicht völlig überrascht worden, hätte er den Stoß, den ihm Kemmerle verzieht, durch einen Stich erwidert, so würde sich wahrscheinlich eine umfangreiche Schlägerei entwickelt haben, denn außer Kemmerle war eine Anzahl Abgeordneter aus den Reihen der Kommunisten und der Unabhängigen von der äußeren Linken auf der vor der Rednertribüne während der Ausführungen des bayerischen Abg. Unterleitner stehenden Dr. Mittelmann zugefügt, während Mitglieder der Rechten sich schweigend um diesen Scharten.

Zapfen und umschloß den Namen des bei dem schrecklichen Ansturm zwei weibliche Abgeordnete: Fräulein Behm von den Deutschnationalen, die schützend vor Herrn Mittelmann trat, und Frau Agnes von den Unabhängigen, die von dem Schriftführer, den sie bis dahin eingekerkert hatte, herunterleitete und die erregtesten Aufseherin zurückhielt. Die Entscheidung, die alsdann nach einer mehr als zweifelhafte Unterbrechung der Sitzung, Präsident Loebe verhandelte, wurde weder auf der Linken, noch auf der Rechten sehr freundlich aufgenommen. Die Kommunisten grüßten vernachlässigt und beschuldigten den Abgeordneten Dr. Mittelmann der Lüge, weil der Präsident die Erklärung Mittelmanns gelten ließ: Sein Zwischenruf „da haben sie recht“ habe nur dem von dem Redner, dem Abgeordneten Unterleitner, vorgelegenen Satz gegolten: „Die Kommunisten sind keine Feinde“, nicht aber auch dem von dem Redner als

Außerung aus Studentenkreisen vorgetragenen Satz: „Zunächst Kommunisten müssen an die Wand gestellt werden, die werden dann erledigt“. Rauschlich ergrimmte die äußerste Linke darüber, daß der Abgeordnete Mittelmann in seiner Erklärung betont hatte, diese Sätze habe er gar nicht gehört, mithin könne sich kein Zwischenruf nicht auf sie bezogen haben. Andererseits war die Rechte damit einverstanden, daß auch der Abgeordnete Mittelmann vom Präsidenten mit einer Klage bedacht wurde.

Auf Herrn Loebe hatte der ganze Vorgang, wie sein Auftreten demselben verrät, einen sehr tiefen Eindruck gemacht. Bewegt klangen des Präsidenten Worte: „Wenn sich derartige Sitten hier einbürgern, dann kann der Reichstag einpacken!“ Herr Loebe hat recht, aber nur dann, wenn sich der Reichstag nicht zu einer Verschärfung seiner Geschäftsordnung und zu einer ausgedehnten Erweiterung der Vollmachten seines Vorsitzenden entschließt. Dazu ist gegenwärtig allerdings wenig Aussicht. Aufrichtig wie der im Deutschen Reichstage haben sich in den letzten Jahrzehnten in der französischen Deputiertenkammer wiederholt abgespielt, ebenso in der italienischen Deputiertenkammer; vom früheren österreichischen Abgeordnetenhaus und von andern Volksvertretungen zu schweigen. Wenn im Sitzungssaal des Palais Bourbon in Paris Abgeordnete mit einander zu rufen beginnen, so eilen die Soldaten herbei und trennen die Streitenden, was bisweilen ziemlich mißlich geschieht. Auf Monte Citorio in Rom haben vor einigen Tagen sozialistische Abgeordnete (Anisofolks) ein Mitglied der Linken im Sitzungssaal überfallen, mit Gewalt hinausbesördert und dann jämmerlich geprügelt. Deshalb packt aber die italienische Deputiertenkammer noch lange „nicht ein“.

Wie anders sieht aber, um nur ein Beispiel anzuführen, die Geschäftsordnung der französischen Deputiertenkammer, verglichen mit der des Deutschen Reichstages, aus! Sie kennt die zwangsweise Entfernung eines Abgeordneten aus dem Sitzungssaal; sie kennt den Ausschluß eines Abgeordneten von einer Anzahl Sitzungen; sie kennt für ungebührliches Auftreten eines Abgeordneten die Entziehung der Tagesgelder für so und so lange Zeit; und so weiter. Mit solchen Mitteln läßt sich schon eher die Ordnung aufrechterhalten.

Bedenklicher noch als der Vorgang im Reichstage war ein Vorgang, der sich einen Tag vorher in der Preussischen Landesversammlung abspielte. Der Kommunist Jwan Rab tief der Rechten das Wort „Gefindel“ zu, und als Präsident Leitner dagegen eintritt, rief er dem Präsidenten zu: „Sie sind mit imgefassen!“ Wenn der Präsident dagegen schweigt, kann er „einpacken“.

„Schweigen ist Gold!“

Volksvertreter im Parlament, die nicht reden.

Oben geht die Nachricht durch die Presse, daß in Folge der Erkrankung Albert Horn gestorben ist, der 44 Jahre lang ununterbrochen dem Deutschen Reichstage angehört, während dieser ganzen, so langen Zeit aber nur ein einziges Mal geredet hatte. Zu bemerken ist bei einer solchen Feststellung, daß ein Abgeordneter sich um das Wohl des Landes auch dann sehr verdient machen kann, wenn er in der Volksversammlung selten das Wort ergreift. Das viele Reden allein hemmt die Tätigkeit eines Volksvertreters noch lange nicht zu einer leistungsfähigen. Um ein Volksvertreter im guten und besten Sinne des Wortes zu sein, ist es aber nötig, daß der Abgeordnete in den Ausschüssen eine rege Tätigkeit einwickelt, daß er bei der Vorbereitung und Ausarbeitung der Gesetze fleißig und verständnisvoll mitwirkt. Solche Arbeit in den Ausschüssen bringt es naturgemäß mit sich, daß der Abgeordnete dann und wann, auch wenn er gegen ein öffentliches Auftreten noch so große Abneigung empfindet, in der Volksversammlung, wenigstens als Berichterstatter, sprechen muß. Es gibt aber Abgeordnete, die nie reden, die immer stumm bleiben, die sich stets an die edelmütige Mahnung halten, daß Reden Silber, Schweigen jedoch Gold sei. Und die Abgeordneten pflegen auch in den Ausschüssen nur eine sehr beschränkte Tätigkeit zu entwickeln, denn wären sie in den Ausschüssen eifrig bei der Sache, so können sie, wie gesagt, um das Reden auf die Dauer nicht herum.

Als Preussens gesetzgebende Körperschaften noch Erste und Zweite Kammern hießen, widmete ein Mitglied der 92 Abgeordneten, die in der ersten Session niemals gesprochen hatten, ein Bild, das eine Säule zeigte, auf der ein weißliches Wesen saß, das in der rechten Hand eine Anzahl Mokassins hielt und die linke Hand segnend nach unten ausstreckte. Um die Säule herum saßen oder lagen schlafende trübselnde Männer: An dem Gefäß, das die Säule trug, war eine Tafel mit der Aufschrift angebracht: „Den großen Schweigern das dankbare Vaterland!“ und darunter standen die Verse:

Ein Narr verrät durch Fragen sich den Kennern,
Im Schweigen ist der Weise groß allein;
Dies Wort hat sich an 92 Männern
Bewährt in Preussens stillen Kammernlein,
Sie sprachen nichts in 120 Tagen;
Sie wüßten ja, sie hätten nichts zu sagen!“

Die letzten Worte sind doppeltinnig. Sie bezogen sich nicht nur auf das Schweigen der 92 Abgeordneten, sondern auch auf die Ohnmacht der damaligen Zweiten Kammer. Die politische Bedeutung des Reichstages war jedenfalls bedeutend größer. Denn es trotzdem Mitglieder dieser Körperschaft gegeben hat, die nicht nur in einer Session, sondern jahrzehntlang „nichts zu sagen hatten“, so lag dies daran, daß diese großen Schweiger nicht reden konnten. Als Reichstagsmitglieder hatten sie etwas zu sagen und vielleicht hätten sie selbst bei dieser oder jener Gelegenheit gern etwas sagen wollen, aber sie fühlten, daß sie dazu „ganzen Tag und gar nicht das Zeug besäßen, und so schwiegen sie, jahraus jahrein.“

Der dem Zentrum angehörende Stillscherr Horn hat, obwohl er über ein Menschenalter im Reichstage saß, nur einmal gesprochen. Der zu den Konservativen zählende Farkas zu Hohenlohe-Öhringen aber, der seit Beginn der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts jahrzehntlang Mitglied des Reichstages war, hat nie gesprochen. Dem Fürsten völlig gleich tat es in dieser Beziehung der bürgerliche Oberamtmann Kother, der von den Konservativen gewählt, durch geraume Zeit den schlesischen Wahlkreis Chlan-Wimprich-Strehlen vertrat. Außerdem gab es im alten Reichstage auf der Rechten und im Zentrum noch einige Abgeordnete, die, obwohl sie jahrzehntlang Volksvertreter waren, an parlamentarischer Stärke nie gesprochen haben. Die Gegner eines solchen barinischen Schweigers, der in Graf-Lothringen gewählt war, machten sich in einem Wahlkampfe den Scherz, die „gesammelten Reden“ dieses Reichstagsmitgliedes als Flugblatt in Form eines Heftchens herauszugeben. Den Inhalt dieses Heftchens bildeten wenige Blätter, die als Überschriften die Bezeichnungen der eine

ihnen Sitzungsberichte trugen. Dieses „Reichstagsheft“ schadete aber dem so angegriffenen Schweiger nichts; er wurde wieder wiedergewählt. Auch nichtgehaltene Reden können Vertrauen und Anhänglichkeit eintragen. Dann ist also Schweigen doch Gold? Manchmal, gewiß!
H. S.

Nah und Fern.

Ö Neue Waffenhunde im Thüringischen. Aus Weimar wird berichtet: Zur vollen Verwirklichung einer im Sommer vorigen Jahres angefangen am Veranlassung des verstorbenen Stadtrats Sebasteian (Gera) vorgenommenen Waffenschichtung sind weitere Nachforschungen angeestellt worden. Auf einem Flurstück bei Langen-Weisenborn, zwischen Gera und Jena, wurden 30 000 Festpatronen, ungegärtete Maschinengewehrmunition, bei Rückerdorf 7000 S-Patronen, Maschinengewehr- und Infanteriemunition, sowie 15 Handgranaten aufgefunden und beschlagnahmt. Die Ermittlungen werden fortgesetzt.

Verhaftete Kapitalfliehler. In Breslau wurden die beiden Mitinhaber der Konfektionsfirma E. Lewin, die Brüder Max und Leo Lewin, verhaftet und nach Hinterlegung einer Kaution von drei Millionen Mark wieder aus der Haft entlassen. Auch gegen Lewin sen., der zurzeit in Marienbad weilt, soll ein Haftbefehl erlassen sein. Wie verlautet, soll die Verhaftung wegen Kapitalverflechtung ins Ausland erfolgt sein.

Neueste Meldungen.

Annäherung zwischen Siam und Deutschland.

Berlin. Prinz Chotoun von Siam ist von Paris aus in Berlin eingetroffen, um die schon lange schwelenden Verhandlungen wegen eines neuen Handelsvertrages zwischen Siam und Deutschland zum Abschluss zu bringen und die Gesandtschaft wieder zu eröffnen.

Automaten-Gespräche 50 Pfennige

Berlin. Das neue Fernsprech-Gesetz ist dem Reichstage zugegangen. Die Gespräche an öffentlichen Sprechstellen (Örtlich Automaten) sollen 50 Pfennig kosten; es ist geplant, solche Automaten in Läden und Geschäftsbüros einzurichten, nachdem sie für 50 Pfennig-Stücke umgebaut sind.

Garis Kauflohn.

München. Der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes teilt nunmehr als Landeswahlleiter amtlich mit, daß an Stelle des ermordeten Garis der Schriftführer Ernst Teller in München, der sich in der Festungsbastion Nibelungenfeld befindet, in den Landtag eintritt. Teller hat die Wahl zum Abgeordneten angenommen.

Blutiger Zwischenfall in Tübingen.

Tübingen. Bei einem Demonstrationstage der drei sozialistischen Parteien wegen des Nordes an Garis erfolgte ein Zusammenstoß mit der Schutzpolizei. Mehrere Leute wurden verwundet. Die Demonstrationen wollten das Gerichtsgebäude stürmen, wurden aber durch Handgranaten zurückgewiesen.

Keine Abkündigung in Steiermark.

Wien. Neuerdings verlautet, daß die Parteien im steirischen Landtag dabei sind, sich auf einen Bericht in Sachen der Anstaltsabkündigung zu einigen. Der Termin war schon auf den 5. Juli festgelegt. Man befürchtet aber, die Diskussion für Deutsch-Österreich zu gefährden, da die Entente droht erneut mit Hunger-Maßregeln. Der Landeshauptmann Krielen beabsichtigt, seinen Abschied zu nehmen.

Die Taten der Sinnfeind.

London. Greenwood teilte im Unterhause mit, daß seit Juli 1920 in Irland von Sinnfeindern insgesamt 568 Personen ermordet worden sind.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 20. Juni.

Die Besoldungsreform. Der Besoldungsausschuss des Landtages beendete am Freitag seine Beratungen und formulierte die dem Plenum vorzuliegenden Anträge, die ein Kompromiß der Wünsche aller Parteien darstellen. Die weitergehenden Wünsche sind in Entschließungsanträgen niedergelegt. Sobald die Besoldungsvorlagen vom Plenum verabschiedet sind, geben sie an Reichsfinanzministerium, um dort auf das Reichsbesoldungsgesetz hin nachgeprüft zu werden. An den Verhandlungen mit dem Reich über etwaige sich dabei ergebende Einprüche werden außer den Vertretern der Regierung auch die beiden Berichterstatter Abgeordneten Kaston (Soz.) und Börner (Dml.) sowie die weiteren Mitglieder des Besoldungsunterausschusses Abgg. Schnitz (Unabh.) und Claus (Dem.) teilnehmen, um die sächsischen Wünsche in Berlin mit ganz besonderem Nachdruck zur Geltung zu bringen.

Gedächtnisfeier auf dem Ehrenfriedhof. Am Johannisfest, Freitag, den 24. Juni, findet die übliche Gedächtnisfeier auf dem Ehrenfriedhof, bei ungünstigem Wetter in der Jakobikirche statt. Sie beginnt abends 6 Uhr.

Die Stellung des sächsischen Handwerks zur Landesgewerbefsteuer. Der Vorstand vom Landesauschuss des sächsischen Handwerks nahm in einer Sitzung Stellung zu der Einführung einer Landesgewerbefsteuer. Er lehnt grundsätzlich die Einführung einer Gewerbesteuer als Sondersteuer ab. Sie verhindert durch die weitere Belastung der Betriebe den Preisabbau und trifft den letzten Produzenten, der die eigene Steuer und die der Lieferanten in mehrfacher Form mitzutragen hat, besonders hart und schwer. Sollte die Steuer dennoch eingeführt werden, so fordert das sächsische Handwerk die Freilassung der Entlohnung für die eigene produktive Arbeit und die kaufmännische Tätigkeit des Betriebesinhabers. In dem Reingewinn der Groß- und Geschäftsinhaber sind ebenfalls alle produktiven Löhne und Verwaltungsstellen abgezogen. Die Nichtberücksichtigung des Unternehmerlohnes bedeutet gegenüber dem in seiner Werkstatt tätigen Handwerksmeister eine „Sondererwerbsteuer“. Mit aller Entschiedenheit weist das sächsische Handwerk die Freilassung der Konsumvereine und der Arbeiterproduktionsgenossenschaften zurück unter dem Vorbehalt auf eine Sonderbehandlung der eigenen Genossenschaften. Ebenso erhebt es entschiedenen Einspruch gegen die Steuerfreiheit der Regiebetriebe des Reiches, des Staates und der Gemeinden. Gerade diese Betriebe treten neuerdings immer mehr in Konkurrenz mit dem selbständigen Gewerbe und es muß unbedingt vom Staate als gerechten Sachverwalter aller Berufsstände verlangen, daß er nicht zugunsten der Konsumvereine, der Produktionsgenossenschaften und der Regiebetriebe in den Konkurrenzkampf eingreift. Die Steuerfreiheit dieser Betriebe würde eine unerhörte Bevorzugung darstellen gegenüber dem selbständigen Handwerk und Gewerbe, und es beruft sich daher auf Artikel 164 der Reichsverfassung, nach dem der selbständige Mittelstand vor Aufhebung zu schützen ist. Weiter wurde eine untere Grenze der Besteuerung von Anlagekapital und vom Mietwert gefordert. Weiter müssen Bestimmungen in das Gesetz eingearbeitet werden, daß die Ertragssteuern der Gewerbesteuer auch zur Gewerbeförde-

...ung verwendet werden, welche auch nach dem Entwurfe einen ganz wesentlichen Grundpfeiler des finanziellen Unterbaues des Staates bedeutet. Gegenüber der zu erwartenden Vielgestaltigkeit der Gemeindegewerbesteuer entschied man sich für den Fall der zwingenden Einführung für eine einheitliche landesgesetzliche Regelung.

— Aufklärung des Raubmordes im Hahnengrund. In den Vormittagsstunden des 10. Oktober vergangenen Jahres wurde der in Vorstadt Cotta wohnhafte 70 Jahre alte, pensionierte Abergangswärter Friedrich Karl Gustav Kießig im Hahnengrund auf Klar Werbig ermordet und beraubt aufgefunden. Der alte Greis war als Vogelsteller bekannt. Am 8. Mai wurde der 25 Jahre alte Arbeiter Albert Langfort aus Neustadt in Schlesien festgenommen und nach dem Amtsgericht in Kößchenbroda verbracht. Er hatte in den Drischkasten der Köhntz eine Anzahl Gelegenheits- und Einsteigebleibe verübt und dabei gute Beute gemacht. Wegen dieser Straftaten wurde Langfort vom dortigen Amtsgericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Er sollte schon in den nächsten Tagen der Landesanstalt Baupen zur weiteren Strafverbüßung zugeführt werden. Einem Sekretär des Amtsgerichts zu Kößchenbroda, der mit Langfort immer zu tun hatte, fiel dessen Wesen auf. Es schien ihm, daß der Einbrecher noch etwas auf dem Kerbholz habe; er setzte deshalb die zuständige Landgendarmerei von seiner Mutmaßung in Kenntnis. Die Gendarmereispektoren Sawranke (Wiesau-Kemnitz) und Jeremias (Kößchenbroda) führten am Freitag Langfort nach dem Tatort im Hahnengrund und brachten ihn zu einem Geständnis. Langfort will am 10. Oktober frühmorgens mit dem alten Pensionär zusammengetroffen sein und in ihm einen vermögenden Mann vermutet haben. Auf die Aufforderung, er solle Geld herausgeben, weil Langfort ohne jeden Pfennig war, habe Kießig mit dem Stode gedroht. Es entspann sich eine Schlägerei, wobei der Täter den schwächlichen Greis mit seinem Taschmesser niedergestochen hat. Die erhoffte Beute war aber ganz gering; nur eine reichliche Mark Bargeld und einige wertlose Kleinigkeiten fielen Langfort dabei in die Hände. Langfort wird in den nächsten Tagen der Staatsanwaltschaft Dresden zugeführt.

— Der 5. Fuhartillerie-Tag in Dresden wurde am Sonnabend unter zahlreicher Teilnahme von Ehrengästen, Brudervereinen und Kameraden im großen Saale des städtischen Ausstellungspalastes mit einem stimmungsvoll verlaufenen Kommerz eröffnet. Für den festgebenden Verein „Fuhartillerie Dresden“ richtete Kamerad Baurisch Worte der Begrüßung an die Versammlung. Erz. Vöblich als Ehrenpräsident würdigte als alter Soldat die Bedeutung der Tagung. 3700 Tote ließ das Regiment in Frankreich zurück. Ehre sei ihrem Andenken! Der Lebenden Aufgabe sei es, wieder deutsch fühlen und denken zu lernen. Die Geschichte der Fuhartillerie ist noch nicht beendet. — In das dreifache Hurra auf die geliebte alte Waffe mischte sich der schmetternde Klang des Langwapp-Marsches. Die Versammlung hatte sich erhoben; auf der Rednerbühne sah man, aus dem Lazarett herbeigeleitet, mit militärischem Schmelz den Regimentskapellmeister Beder seinen Marsch dirigieren, und daneben den greisen General, lächelnd in stolzer Erinnerung. — Zu späterer Stunde hielt dann Postreißiger Kehler die Festrede. Drei Worte der Reichsgründer nahm er zum Gegenstand; vom alten Kaiser das: Im Glauben ist die Hoffnung; von Bismarck: Im Dienste des Vaterlandes verbrachte ich mich; und von Wolke aus einem Briefe: Die Formen des deutschen Heeres werden sich noch sehr wandeln, aber der alte Geist muß bleiben. Sonntag vormittag sammelte man sich auf dem Ehrenhain des Garnisonfriedhofes zum Feldgottesdienst. Noch einmal sprach Parrer Kehler, diesmal als Feldgeistlicher, zur Versammlung. Zahlreiche Kränze wurden dann am Erinnerungsmal niedergelegt.

— Der Koffhäufertag der deutschen Kriegervereine. Nun gehört auch er der Vergangenheit an, der Jubeltag der Feier des 25jährigen Bestehens des Koffhäuferbundes, der am Sonntag Tagelund und aber Tausende von Kriegervereinen, die im Koffhäuferbund vereinigt sind, auf den Koffhäufer wallfahrten ließ. 30 000 Menschen, diese Zahl ist nicht zu hoch gegriffen, hatten sich versammelt. Eingeleitet wurde die Feier durch die Ansprache des Präsidenten des Koffhäuferbundes der deutschen Landesstriegerverbände, Generaloberst von Heeringen. Der Redner betonte, daß es nicht gelte, ein jubelndes Fest zu feiern. Erstem, nationalem Empfinden sei die Stunde geweiht. Es folgte dann die Rede des dritten Präsidenten des Koffhäuferbundes, Geh. Regierungsrats Westphal, der in längerer Aus-

führungen die Bedeutung des Koffhäuferdenkmals in Vergangenheit und Zukunft würdigte. Dann betrat der Ehrenpräsident des Koffhäuferbundes, Generalfeldmarschall von Hindenburg, die Rednerbühne, von spontanem Jubel begrüßt, und ergriff das Wort zu folgender Ansprache: Kameraden! Zum ersten Male stehe ich an dieser Stelle als Ehrenpräsident des Koffhäuferbundes der deutschen Landesstriegerverbände. Ich habe dieses Amt, das mir das Vertrauen meiner Kameraden übertragen hat, gern in dem festen Glauben übernommen, daß die deutschen Kriegervereine auch unter den ganz andersgearteten politischen Verhältnissen das bleiben werden, was sie 50 Jahre hindurch gewesen sind, die Träger treuer, hingebender Vaterlandsliebe. Mit Befriedigung habe ich aus den Ansprachen, die wir gehört haben, entnommen, daß ich mich hierin nicht geirrt habe. Die überaus zahlreiche Versammlung, die aus allen Ecken des Reiches zu der heutigen Gedenkfeier herbeigeleitet ist, gibt mir die Gewißheit, daß der Koffhäufergeist, wie ich ihn nennen möchte, starke Wurzeln unter den Kriegervereinen des Reiches gefaßt hat und auch künftig sich bewähren wird zum Wohle des Vaterlandes. Es ist kein Fest der Freude, das wir heute begehen. Vor 25 Jahren schauten die um ihren Kaiser gescharten Veteranen von 1870-71 mit Genugtuung auf die Vollendung dieses herrlichen Denkmals, das sie errichtet hatten. Deutschland stand auf dem Höhepunkt seines Ansehens, und die Veteranen waren stolz darauf, daß sie an der Schaffung der Größe des Vaterlandes teilgenommen hätten. Heute erinnert uns das Denkmal an den tiefsten Fall unseres Volkes, an all das, was wir verloren haben. Das Denkmal mahnt uns aber auch daran, daß wir trotzdem nicht verzweifeln dürfen, sondern in Treue im festen Glauben an die Zukunft Deutschlands und in erster Pflichterfüllung ein jeder in seinem Berufe an der Wiederaufrichtung des Vaterlandes mitarbeiten müssen. Solcher Gesinnung Wahrzeichen soll das Koffhäuferdenkmal immerdar sein, und als seine Hüter, als die Herolde solch vaterländischen Denkens sind die deutschen Kriegervereine berufen. Möge ein jeder der vielen Tausende der heutigen ersten Versammlung diese Erkenntnis von hier nach Hause und in seine Familie tragen, möge der Anblick des Denkmals jeden seiner Besucher zu vaterländischer Empfindung anregen. Zum Koffhäuferbund, seinen Landesverbänden und seinen vielen tausenden von Vereinen aber habe ich das Vertrauen, daß sie ihrem Bunde stets zum Mittelpunkt treuen deutschen Denkens und Handelns sein werden. Möge er in solcher Arbeit und Gesinnung dem ganzen Volke voranleuchten und dem Vaterlande Heil und Segen bringen. Und darum lassen Sie uns an dieser geweihten Stätte und am heutigen Gedenktag gemeinsam einstimmen in den Ruf: Der Koffhäuferbund soll leben! Hurra! Es folgte der Vorbeimarsch sämtlicher Teilnehmer vor Hindenburg mit wehenden Fahnen. In langem, langem Zuge, der über eineinhalb Stunden dauerte, trugen die Kriegervereine aus allen Ecken Deutschlands ihre Banner vor Hindenburg vorüber. Die Jahreszahlen 1815 und 1848 grüßten von verklärten Bannern, die so manchen Sturm erlebt haben. Und unter den Ortsnamen, die sie trugen, fehlte auch Elshof-Lothringen nicht. 500 Fahnen mähnten es mindestens sein, die in ihrer Farbenfreudigkeit ein überaus malerisches Bild boten.

— Ferkel in der 4. Wagenklasse. Die Eisenbahnverwaltung wird infolge der zahlreichen Beschwerden und der großen Unzulänglichkeiten die Abnahme von Ferkeln in die 4. Wagenklasse nicht mehr gestatten. Die Bahnsteigkassierer und die Zugbegleitbeamteten haben die Eigentümer der Tiere aufzufordern, sie als Gepäc- oder Typenwagen abfertigen zu lassen.

— Große Mengen Hartgeld sollen in den nächsten Monaten in Umlauf gesetzt werden, wenigstens hat das Ministerium des Innern eine Verlängerung der Frist der Kleingeldguthabe über den 30. September hinaus abgelehnt mit dem Begründen, daß bis dahin genügend Hartgeld vorhanden sein wird.

— Ergänzungsversicherungen gegen Brandschäden. Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird uns mitgeteilt: Wie der Brandversicherungskammer bekannt geworden ist, bieten Versicherungsgeellschaften den Hausbesitzern an, sog. Ergänzungsversicherungen bei ihnen aufzunehmen in der Weise, daß die Versicherungsgeellschaft in denjenigen Fällen, in denen die von der Landesbrandversicherungsanstalt gewährte Schadenergütung nicht ausreicht, die darüberhinausgehenden Wiederherstellungskosten bezahlen wolle. Derartige „Ergänzungsversicherungen“ sind gegenstandslos mit Rücksicht auf das Gesetz vom 18. März 1921 (Sächsisches Gesetzblatt S. 72 ja.), da nach § 4 Abs. 2 dieses Gesetzes als Schadenergütung der Betrag berechnet wird,

der unter Berücksichtigung eines etwaigen Alters- oder Abnutzungszuges zur Wiederherstellung des Gebäudes in dem früheren Zustand erforderlich ist, im übrigen aber auch nach dem Gesetze über die Landesbrandversicherungsanstalt vom 1. Juli 1910 unzulässig. Nach § 66 dieses Gesetzes unterliegen alle Hochgebäude, soweit nicht § 68 Ausnahmen zuläßt, dem Versicherungszwange bei der Landesbrandversicherungsanstalt und nach § 71 desselben Gesetzes dürfen die Gebäude, soweit die Versicherung bei der Landesbrandversicherungsanstalt reicht, nicht anderweit versichert werden. Dieser Vorschrift entgegen abgeschlossene Versicherungen sind nichtig.

— Bittjahrplan. Die Sommerausgabe des beliebten gelben Bittjahrplanes des sächsischen Reges der Reichseisenbahnen, mit Thüringen, Harz und nördlicher Tschechoslowakei, sowie sämtlichen wichtigen Anschlüssen wurde von der Buchdruckerei M. u. H. Zocher, Dresden, am 1. Juni in den Verlehr gebracht und ist bei allen Buchhandlungen, Bahnhofsbuchhandlungen und Kolporteurs käuflich. Neu hinzugefügt ist dem „Bitt“ der Portotarif (S. 3). Ferner fanden die sämtlichen sehr sehr ausgedehnten Kraftfahrpläne (S. 5-12), mit besonderem Linienverzeichnis (S. 80), Aufnahme.

— Um die Stadt im Plauenischen Grunde. Wir haben wiederholt von den Bestrebungen berichtet, die darauf hinausgingen, die Vereinigung der Gemeinden Deuben, Döhlen und Volkshagen zu einem Gemeinwesen herbeizuführen. Es sollte bekanntlich eine neue Stadt mit dem Namen „Fretal“ entstehen. Diese Angelegenheit stand auch auf der Tagesordnung der letzten Kreisaustragung der Kreisbauernschaft Dresden. Nach langen Debatten beschloß der Kreisaustrag, gegen den Zusammenschluß keine Einwendungen zu erheben, jedoch gegen den Zusammenschluß zu einer Stadt finanzielle Bedenken geltend zu machen. — Weiterhin kam man zu dem Entschluß, den Namen Fretal aus historischen Gründen nicht gut zu heißen.

— Klipphausen. Für 25jährige Tätigkeit bei Herrn Gasthofsbesitzer Otto Schöne wurden Frau Weisse, Wilsdruff, als Köchin, Herrn Langmeister Bannack, Körsdorf, Frau Windisch üttel und Frau Grelmann, Klipphausen, als Bedienungslente, vom Saalinhäberverband je ein Diplom überreicht. Auch Herr Schöne selbst wurde aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums mit einem Diplom geehrt.

— Umsehwig. Die hiesigen Landwirte stellten ohne jede Gegenleistung der Gemeinde für gebürtige Kinder eine größere Menge Milch für jeden Tag während des Sommers zur Verfügung, so daß es auf Veranlassung des Gemeindevorstandes möglich sein wird, eine umfangreiche Milchspende einzurichten. (Zur Nachahmung empfohlen!)

— Bärenstein i. E. Recht hübsch scheint es im Stadtverordnetenkollegium unserer böhmischen Schwesterstadt Beyeritz zuzugehen. Dort streifen seit einiger Zeit die 14 bürgerlichen Stadtverordneten. In der letzten Sitzung lagen nun 14 Rüdtrittsgesuche von ihrer Seite vor. Nach reger Debatte wurden aber die Rüdtritte von den im Kollegium sitzenden 22 Sozialisten und Kommunisten nicht genehmigt, so daß jeder Stadtverordnete in Zukunft beim Nichterscheinen mit Strafe bis zu 500 Kronen belegt werden kann. Zum Bürgermeister wurde das seitberige Stadtoberhaupt, der Mehrheitssozialist Fellingbauer, mit nur 15 sozialistischen Stimmen wiedergewählt. Die fünf kommunistischen Vertreter stimmten dagegen.

— Kirchberg. Von der Familie Hermann Schwebler, welche wegen der Kubertankung im Bezirksheim Wilsen untergebracht ist, sind am Dienstag der 9 Jahre alte Knabe Ernst Arno und ein 11 Monate altes Mädchen gestorben. Vier Kinder sind nunmehr der Seuche zum Opfer gefallen.

— Zwickau. Ueber die Ursache des Schachtunglücks wird bekannt, daß die Vergleite zu zeitig, nämlich bevor die Sicherheitsvorrichtungen eingeschaltet waren, den Förderkorb betreten haben. Die Beerdigung der Todesopfer findet nicht in einem Massengrab statt, sondern jeder wird in seinem Heimatsort beerdigt.

— Brambach. Der 54jährige Sohn eines hiesigen Gutsbesitzers wurde, als er mit anderen Kameraden zum Spielen in den Wald ging, von einer Kreuzotter gebissen. Der linke Fuß schwoll nach kurzer Zeit heftig an, so daß der ganze Unterschenkel abgebunden werden mußte. Als das bebauerwerte Kind nach zwei Stunden ins hiesige Sanatorium eingeliefert wurde, griff die Schwellung trotz ärztlicher Maßnahmen weiter um sich über das ganze linke Bein. Der Zustand des Jungen ist bedenklich.

Kl.=Rentner. Versammlung

Freitag den 24. Juni nachmittags 2 Uhr im Löwen.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet D. B.

Tägliche Rundschau

Unabhängige Zeitung für nationale Politik
Berlin SW. 68.

Dem Vaterlande, nicht der Partei!

Was auch die Welt dem Deutschen Reiche bringen mag, stets wird dies unser Wahlspruch bleiben. Wir werden weiter mannhalt für das Bestehen des deutschen Vaterlandes und seiner Kulturkämpfen und für die Förderung der für seinen Wiederaufbau notwendigen Lebensbedingungen eintreten. Das deutsche Geistesleben, Kunst und Wissenschaft, werden durch unsere besondere tägliche Unterhaltungsbeilage gepflegt, deren führende Stellung von der gesamten deutschen Presse anerkannt ist. Ausgabe morgens und abends. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen.

Bezugspreis frei Haus monatlich 18.— M., vierteljährlich 50.— M. Der erste Monat wird zur Probe zum Bezugspreis von 9 M. frei Haus geliefert. Bestellungen hierauf sind nur an die Vertriebsabteilung d. „Täglichen Rundschau“, Berlin SW 68, Zimmerstr. 6/6, zu richten.

Grumbach Lebensmittelverteilung.

Dienstag den 21. Juni 1921 Verteilung der Kommunalverbandslebensmittel.

Grumbach, am 18. Juni 1921.

Der Gemeindevorstand.

Eine Zeitungsausträgerin für Kaufbach wird sofort gesucht.

Zumelden in der Geschäftsstelle des Wilsdruffer Tageblattes.

Verein f. Natur- u. Heimatkunde

Dienstag den 21. Juni
Wanderung n. Heiligsdorf (Bahnhof). Bericht: Beachtenswerte Bäume der Heimat. Ab Ruppert 7 Uhr.
Rühne.

Gebrauchter guterhaltener Unterofen

20 x 28 ist zu verkaufen bei
Rob. Waltherr,
Ofenleger, 404
Zedlitzstraße 185.

Bruchkranke

können ohne Operation und
Verunsicherung geheilt werden.
Sprechstunde in Dresden,
Lütichaustraße 29 I. bei Paul
am 24. Juni von 9-1 Uhr.

Dr. med. Knopf,
Spezialarzt für Bruchleiden.

Drucksachen
liefert sauber und schnell
die Tageblattdruckerei.

Ambos, Grumbach.

Zum bevorstehenden Schulfest
empfehle ich
weiße Leinen-Schuhe
für Knaben und Mädchen,
braune Schuhe und Sandalen,
Turnschuhe, ferner
Feder- und Gorpantoffeln.
Um rechtzeitige Bestellung
bittet Ambos, Grumbach.

Jalousien

fertigt und repariert
Richard Nagel,
Meißen, Neugasse.
Fernsprecher 457.
Gewissenhafte Montage.

PATENT

Musterschutz
Warenzeichen
Durch das Patentbüro Finninger,
Dresden, Schloßstr. 2/II. Markt
seit 1901 bekannt u. empfohlen. Bei
Verkauf persönlich oder schriftlich
VERFÄHRUNG

Neuanlagen von Blizableitungen

sowie Instandsetzen und Prüfen vorhandener Leitungen führt nach behördlichen Vorschriften sachgemäß und schnellstens aus

Ernst Hennig,

Schlossermeister,
Zellaer Straße.



Eine Anzeige hilft
im Wilsdruffer Tageblatt.